

# Neues aus Brüssel

In einer Zeit, in der langjährige Partner auseinander zu driften scheinen, setzt die EU verstärkt auf Sicherheit. Die europäische Lebensweise, der Wohlstand und die qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sollen erhalten bleiben. Deshalb will die Union unter anderem durch Vereinfachung auf vielen Ebenen ihre Widerstandsfähigkeit stärken und ihre globale Position festigen. Der Aktionsplan für Cybersicherheit und der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit spielen bei der Umsetzung des Arbeitsprogramms eine Schlüsselrolle.

*Text: MMag. Claudia Scharl (Schriftleitung), Bernadett Wernig, BA*

## **Arbeitsprogramm 2025 der Europäischen Kommission: Gemeinsam voran**

Am 12. Februar 2025 veröffentlichte die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm 2025, in dem die wichtigsten politischen und legislativen Maßnahmen für das laufende Jahr vorgestellt werden. Ziel ist, allen voran, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu erhöhen sowie die Sicherheit und die wirtschaftliche Resilienz gezielt zu stärken. Das Programm baut auf den großen Leitinitiativen auf, die in der politischen Agenda von der Leyens sowie den Mission Letters der EU-Kommissar\*innen bereits skizziert wurden, und damit eine Reaktion auf die größten aktuellen Herausforderungen bilden. Im Zentrum dabei steht die Notwendigkeit für mehr Möglichkeiten, mehr Innovation und mehr Wachstum für die EU-Bür-

ger\*innen sowie Unternehmen, um letztendlich eine sichere und wohlhabende Union zu gewährleisten. Ursula von der Leyen betonte in diesem Zusammenhang: „Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen haben eine einfachere und schlankere Europäische Union gefordert. Dieser Fahrplan zeigt unseren Weg zu einem wettbewerbsfähigeren, widerstandsfähigeren und wohlhabenderen Europa auf.“ Dominierendes Thema ist allerdings auch hier – spätestens seit dem Bericht zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit Europas des ehemaligen Chefs der Europäischen Zentralbank Mario Draghi allgegenwärtig – die effiziente Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Konkrete Vorschläge Draghis umfassen zum einen den Abbau unnötiger administrativer Hürden und zum anderen eine massive Erhöhung der Investitionen,

genauer gesagt von 800 Mrd. EUR pro Jahr, u.a. im Bereich des Pharmasektors.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass dadurch die Prioritäten des Grünen Deals der ersten von der Leyen-Kommission (2019–24) nahezu komplett abgelöst werden. Zwar betont die Kommissionspräsidentin, dass die Umweltvorgaben der letzten Jahre nicht gelockert werden sollen, jedoch sind Umweltverbände sowie NGOs skeptisch und befürchten einen nennenswerten Abbau von Umwelt- und Nachhaltigkeitsauflagen. Schon allein die erste Reihe von sog. „Omnibus“-Vereinfachungsvorschlägen, die zusammen mit dem Arbeitsprogramm veröffentlicht wurden und mit denen die Rechtsvorschriften gestrafft sowie vereinfacht werden sollen, beinhaltet weitreichende Maßnahmen u.a. im Hinblick auf die Sorgfaltspflichten der Lieferketten, eines nachhaltigen Finanzwesens oder der sog. Taxonomie. Inwieweit die Kritik nun wirklich gerechtfertigt ist, bleibt allerdings abzuwarten.

Konkret umfasst das Arbeitsprogramm insgesamt 51 Initiativen, darunter auch einige für die Sozialversicherung wichtige Vorhaben: So sollen mit einer Strategie zur Vorbereitung auf mögliche Krisen die Resilienz Europas gestärkt und allfällige Abhängigkeiten von Drittstaaten reduziert werden. Flankiert wird

„EU-Bürger\*innen und Unternehmen haben eine einfachere und schlankere Europäische Union gefordert. Dieser Fahrplan zeigt unseren Weg zu einem wettbewerbsfähigeren, widerstandsfähigeren und wohlhabenderen Europa auf.“

**Ursula von der Leyen, Kommissionspräsidentin**



Vorrangige Ziele des Arbeitsprogramms 2025 der Europäischen Kommission sind die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu erhöhen sowie die Sicherheit und die wirtschaftliche Resilienz gezielt zu stärken.

diese Strategie von dem für Anfang/ Mitte März angekündigten Rechtsakt für kritische Arzneimittel und einer Strategie für die Lagerhaltung medizinischer Gegenmaßnahmen. Zur Unterstützung der Menschen und zur Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells soll darüber hinaus die Sozialpolitik modernisiert und ein neuer Aktionsplan zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte vorgelegt werden. Im Mittelpunkt dabei steht die Anpassung unserer Gesellschaft an die Herausforderun-

gen, die der technologische, der demographische wie auch der sektorale Wandel mit sich bringt. Besonders im Hinblick auf den sich kontinuierlich verschärfenden Fachkräftemangel sieht die Kommission als vorrangige Initiative eine Union der Kompetenzen vor. Schließlich sollte der nächste mehrjährige Finanzrahmen, also das EU-Budget für die Zeit ab 2028, einen besonderen Schwerpunkt auf den vereinfachten Zugang zu EU-Fördermitteln legen, ganz im Sinne der Mobilisierung neuer Investitionen und

des Abbaus administrativer Hürden. Gleichzeitig sollen demnach auch insgesamt 37 Initiativen wieder zurückgenommen werden, u.a. auch die 2022 vorgeschlagene Richtlinie über KI-Haftung. Ob es eine Neuauflage einer derartigen Gesetzesinitiative geben wird, ist noch nicht klar.



Weiterführende Informationen durch Scannen des QR-Codes

### **Europäische Kommission: Aktionsplan zur Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen**

Die Digitalisierung revolutioniert das Gesundheitswesen, macht sie aber auch vulnerabel: Cyberangriffe bedrohen die Stabilität kritischer Systeme, gefährden Patient\*innendaten und können im Ernstfall lebensrettende Maßnahmen verzögern. Im Jahr 2023 wurden in der EU über 300 schwerwiegende Cybervorfälle im Gesundheitsbereich gemeldet – mehr als in jedem anderen kritischen Sektor. Am 15. Jänner 2025 präsentierte die Europäische Kommission daher, wie in der strategischen Agenda von der

Leyens und im Mission Letter des Gesundheitskommissars angekündigt, einen Aktionsplan zur Cybersicherheit von Krankenhäusern sowie anderen Gesundheitseinrichtungen bzw. Gesundheitsdienstleistern.

Der Aktionsplan setzt auf vier zentrale Maßnahmen: bessere Prävention, frühzeitige Erkennung von Bedrohungen, effektive Reaktionsmechanismen und eine stärkere Abschreckung von Cyberkriminellen. Diese Abschreckung vor böswilligen Cyberaktivitäten wird durch den Einsatz gemeinsamer diplomatischer Mittel der EU, wie etwa politische Erklärungen, in Verbindung mit gezielten Gegenmaßnahmen erfolgen. Im Mittelpunkt

steht die Einrichtung eines europäischen Unterstützungszentrums für Cybersicherheit für Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen innerhalb der EU-Cybersicherheitsagentur ENISA. Dieses Zentrum soll praxisnahe Unterstützung bieten, darunter Schulungen, Beratung und konkrete Werkzeuge zur Verbesserung der IT-Sicherheit. Darunter fällt auch ein Übersichtstool der Regulierungen, welches es den verschiedenen relevanten Akteuren ermöglichen soll, die neuen Vorgaben möglichst barrierefrei umzusetzen. Die dadurch erhöhte Sicherheit soll nicht nur im Rahmen der Bewertung für die Cybersicherheitsreife erfasst, sondern auch bei nationalen Cybersicherheitsübungen auf die Probe gestellt werden. Dabei kommt unter anderem der neu zu schaffende Schnellreaktionsdienst für Sicherheitsvorfälle im Gesundheitssektor zum Einsatz.

Ein wichtiger Baustein ist zudem die finanzielle Unterstützung kleiner und mittlerer Gesundheitseinrichtungen durch sogenannte Cybersecurity-Voucher. Diese Förderungen sollen helfen, Sicherheitsmaßnahmen zu finanzieren, um den Schutz vor Angriffen zu erhöhen. Gleichzeitig wird ein EU-weites Frühwarnsystem entwickelt, welches bis 2026 voll einsatzbereit sein soll und damit eine schnellere Reaktion auf Angriffe ermöglicht. Es ist vorgesehen, dass hier alle unter die Richtlinie zur Netzinformationssicherheit (EU) 2022/2555 (NIS2) fallenden Institutionen und Einrichtungen, aller Voraussicht nach auch die Sozialversicherungsträger, etwaige Angriffe verpflichtend melden müssen. Weitere Anwendungsfälle, die über die eigenen Einrichtungen hinausgehen, werden nach Veröffentlichung der angekündigten Maßnahmen noch zu analysieren sein.

### **Kommentar von MMag. Claudia Scharl**

### **Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit: Europas Weg zu Innovation und Wachstum**

Die Kommission startet nun offiziell in eine neue Legislaturperiode. Hierfür wurde Anfang Februar das Arbeitsprogramm für das laufende Jahr vorgelegt, mit dem die Co-Gesetzgeber, Europäisches Parlament und Rat der EU, sowie die Öffentlichkeit insgesamt über die neuen bzw. laufenden Vorhaben informiert werden. Eine ambitioniertere, unkompliziertere und schnellere Union will man schaffen, um die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken und Europa dadurch unabhängiger sowie resilienter zu machen. Ausschlaggebend hierfür ist nicht zuletzt die deutlich gewandelte geopolitische Lage in der Welt. Wegweisend für das politische Programm und auch den ebenfalls Anfang des Jahres veröffentlichten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit waren zum einen der sog. Letta-Bericht 2024 zum europäischen Binnenmarkt und zum anderen der Draghi-Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit Europas. Beide Autoren kamen zu dem Ergebnis, dass die europäische Wirtschaft mehr Investitionen und gleichzeitig weniger Regularien benötigt, um wieder in Schwung zu kommen und um weiterhin eine wesentliche Rolle in der Welt zu spielen. Letztendlich bedeutet dies aber auch eine Abkehr vom Herzstück der ersten Amtszeit Ursula von der Leyens, dem Grünen Deal und der Bekämpfung des Klimawandels durch erhöhte Umweltschutzvorgaben in allen Bereichen. Erstes Paket zur Reduzierung administrativer Hürden und Berichtspflichten von Unternehmen ist das Ende Februar vorgelegte sog. Omnibus-I-Paket für die Bereiche Nachhaltigkeitsberichterstattung, Taxonomie und Lieferketten. Weitere solche Maßnahmenpakete sind geplant. Mehr zu den aktuellen EU-Initiativen lesen Sie im aktuellen SV Europa.



Weiterführende  
Informationen  
durch Scannen des  
QR-Codes

## Europäische Kommission: Kompass für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit

Am 29. Jänner 2025 stellte die Europäische Kommission einen Kompass für die Wettbewerbsfähigkeit vor, der als strategischer Rahmen für die wirtschaftliche Zukunft Europas dienen soll. Basierend auf dem bereits oben genannten Draghi-Bericht soll Europas Dynamik und Wirtschaftswachstum durch Vereinfachung sowie Abbau von Regulierungen, gezielte Innovationsförderung und eine nachhaltige Transformation wieder in Schwung gebracht werden. Um diese Ziele zu erreichen, konzentriert sich der Kompass auf die von Draghi genannten drei Handlungsfelder:

1. Schließung von Innovationslücken,
2. Erstellung eines gemeinsamen Fahrplans für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit zur Sicherstellung erschwinglicher Energie sowie
3. Verringerung übermäßiger Abhängigkeiten bei gleichzeitiger Stärkung der Sicherheit. Fünf horizontale Faktoren ziehen sich dabei durch diese Schlüsselbereiche: von der Vereinfachung der EU-Regulieren über Reduzierung von Hindernissen im Binnenmarkt und effiziente Finanzierung von Wettbewerbsfähigkeit bis hin zur verstärkten Förderung von Kompetenzen als auch hochwertigen Arbeitsplätzen und einer besseren Koordinierung der politischen Maßnahmen, sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene. Konkret erwartet man sich davon an die 470 Mrd. EUR an zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten für europäische Unternehmen auf einem stärker integrierten Kapitalmarkt, ca. 37,5 Mrd. EUR an möglichen Einsparungen für Unternehmen sowie die Schaffung von 500.000 neuen Arbeitsplätzen in der europäischen Kreislaufwirtschaft bis 2030.

„Wir haben einen Plan. Wir haben den politischen Willen. Jetzt kommt

es auf Geschwindigkeit und Einigkeit an. Die Welt wartet nicht auf uns, darin sind sich alle Mitgliedstaaten einig. Nun wollen wir diesem Konsens Taten folgen lassen“, so Ursula von der Leyen. Was sieht dieser Plan nun also konkret vor? Um Innovationslücken zu schließen, soll durch eine Start-up- und Scale-up-Strategie ein günstiges Umfeld für die Gründung und das Wachstum junger Unternehmen geschaffen werden. Große Unternehmen hingegen sollen bei der Einführung neuer Technologien, wie künstlicher Intelligenz (KI) und Robotik durch eine Initiative „KI anwenden“ unterstützt werden. Besonders der Gesundheitssektor und die öffentliche Verwaltung sollen von vertrauenswürdiger europäischer KI profitieren. Zusätzlich sollen Aktionspläne u.a. für Quanten-, Robotik- und Biotechnologie die Entwicklung neuer Technologien nachhaltig fördern. Wichtig in diesem Zusammenhang ist ein für 2026 angekündigtes Biotechnologiestraategiegesetz, das sich Berichten zufolge u.a. auf die Straffung der Zulassungsverfahren klinischer Studien konzentrieren wird.

Neben der Förderung technologischer Innovationen setzt der Kompass darüber hinaus auch auf umfassende regulatorische Vereinfachungen zum Abbau allfälliger Hürden für Unternehmen. Erleichterungen sind nicht nur im Insolvenz-, Arbeits- und Steuerrecht vorgesehen, sondern auch in Bezug auf die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen deutlich zu reduzieren. Dies soll insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) helfen, die oft unter komplexen Vorgaben leiden. Zudem soll eine Präferenz für Europa bei der öffentlichen Auftragsvergabe für kritische Sektoren gestärkt werden, um eine technologische und strategische Unabhängigkeit Europas zu gewährleisten. Vorbereitende Maßnahmen zur Überarbeitung der Vergaberechts-Richtlinie laufen aktuell. Gleichzeitig wird die Förderung

von Kompetenzen und hochwertiger Arbeitsplätze als wesentlicher Faktor für Wettbewerbsfähigkeit gesehen. In diesem Zusammenhang soll der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit als Schlüsselinstrument dienen, um Europas Spitzenposition in der globalen Wirtschaft langfristig zu sichern.

Eine Task Force zur Umsetzung des Kompasses wurde bereits eingerichtet und nahm im Februar 2025 ihre Arbeit auf. —



Weiterführende  
Informationen  
durch Scannen des  
QR-Codes